



Antrag

Bevölkerung entlasten – Soziale Energiepolitik

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt Folgendes:

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass ...

1. die Stadtwerke eine zeitweilige Preisdeckelung für einen Gasgrundbedarf von 2500 kWh/Jahr pro Person im Haushalt auf dem alten Preisniveau vorzunehmen, bis sich die Preise wieder normalisiert haben. Ab 2500 kWh/Jahr sollen gestaffelte Preise Abhilfe schaffen, vor allem auch um Anreiz für einen niedrigen Verbrauch zu schaffen.
2. die Stadtwerke die Möglichkeit eröffnen ausstehende Zahlungen in deutlich angepassten zinslosen Raten zu begleichen, um Firmen und Privatpersonen mittelfristig zu entlasten.
3. Strom- und Gassperren ausgesetzt werden bzw. erst später davon Gebrauch gemacht wird.

Begründung:

Die Bevölkerung steht vor einem harten Winter: Bundes- und Landesregierung entlasten nicht genug. Von geringen einmaligen Zahlungen können keine verdoppelten Gas- oder Stromabschläge bezahlt werden. Die Stadt Weißenfels hat hier nur geringen Spielraum, sollte jenen, die sie zur Verfügung hat, aber nutzen.

Zu 1.: Die Stadtwerke haben eine sozial-gesellschaftliche Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger und sind als kommunaler Betrieb dem Wohle der Menschen verpflichtet und nicht dem Profit. Solange ein wirtschaftlicher Betrieb aufrechterhalten werden kann, der auch keine/geringste Einschnitte bei der Förderung örtlicher Einrichtungen mit sich führt. Eine geringere Preiserhöhung ist angesichts der gesellschaftlichen Verantwortung angebracht und durch vorjährige Gewinne und Reserven in Teilen möglich.

Zu 2.: Durch angesammelte Reserven der Stadtwerke soll es ermöglicht werden, Firmen und Privatpersonen, die unter höheren Energieabschlägen leiden, zumindest mittelfristig zu entlasten und die Zahlung zu strecken.

Zu 3.: Niemand muss frieren müssen: Wer unter Umständen eine Strom- und Gassperre erhält, leidet enorm. Nicht nur, dass die Lebensqualität in einer kalten Wohnung massiv sinkt, sondern es steigen Erkrankungsrisiken und die betroffenen Personen leben in der Gefahr, weniger am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Hans Klitzschmüller
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
Stadtrat DIE LINKE

Eric Stehr
Stadtrat DIE LINKE